



Antje Blumenthal
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, 11011 Berlin

☎ (030) 227 - 70183

📠 (030) 227 - 76183

✉ antje.blumenthal@bundestag.de

Rechtssicherheit statt Deeskalation im Bereich Sekten und Psychogruppen

Anlässlich der am Freitag veröffentlichten Abschlussberichte zu dem vom Bundesfamilienministerium geförderten Modellprojekt im Bereich Sekten und Psychogruppen erklärt die zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU - Bundestagsfraktion, Antje Blumenthal:

Das vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene und von Oktober 2000 bis Juni 2003 finanzierte Modellprojekt trägt zwar den Titel „Prävention im Bereich der so genannten Sekten und Psychogruppen“, von einer aktiv-präventiven Ausrichtung des Projekts kann aber keine Rede sein. Vorrangiges Ziel war es hingegen, Mitarbeiter von Beratungsstellen im Bereich Sekten und Psychokulte zu qualifizieren, um damit eine Verbesserung der Beratung und Betreuung von Opfern zu erreichen. „Ich sehe hier den präventiven Zusammenhang nicht. Es ist ein ehrbares Anliegen, die Betreuung von Sektenopfern zu verbessern. Aber was wir vorrangig brauchen, ist Hilfe, bevor es zu spät ist – bevor die Menschen in die Fänge von Sekten und Kulte geraten!“, kritisiert die Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete.

Tatsächlich sieht der Abschlussbericht die präventiven Aspekte lediglich in der Schlichtung von Konflikten, um eine weitere Eskalation zwischen Sekte und Opfer zu vermeiden. „Sekten und Kulte arbeiten mit den übelsten Methoden, da hilft auch keine Deeskalation. Was wir brauchen ist vor allem endlich Rechtssicherheit für die Verbraucher. Hier ist das Einschreiten des Gesetzgebers gefordert und keine Diskussionen“, fordert Antje Blumenthal. „Wir hätten uns die Steuergelder für das Projekt sparen können, wenn die Bundesregierung endlich die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission ‚Sekten und Psychogruppen‘ aus dem Jahr 1998 umsetzen würde. Wir werden noch in diesem Jahr mit dem Lebensbewältigungshilfegesetz die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um den Verbraucherschutz auch in diesem Bereich zu sichern“, kündigt Antje Blumenthal an.

PRESSMITTEILUNG